

Treffen mit ver.di Bundesvorstand in Berlin

Am 01.11.2023 fand ein erstes Gespräch zwischen dem Bundesvorstandsmitglied Rebecca Liebig und dem Vorsitzenden des Vereins Runder Tisch Rentengerechtigkeit statt.



Thema:

Schaffung eines Gerechtigkeitsfonds auf der Grundlage des Antrages zum ver.di Bundeskongress im September 2023

Antrag B 065:

Politische Regelung für einen Gerechtigkeitsfonds – angemessene Entschädigung aller Betroffenen der Berufs- und Personengruppen der ehemaligen DDR, für vorenthaltene Renten- und Versorgungsansprüche

Der Bundeskongress beschließt:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, für die in der früheren DDR tätig gewesen Beschäftigten der Deutschen Post, die Mitarbeiter*innen des mittleren medizinischen Personals im Gesundheits- und Sozialwesen sowie die Balletttänzer*innen und freischaffenden bildenden Künstler*innen, deren rechtmäßig erworbene Leistungen aus der Altersversorgung (Betriebsrenten) durch eine Fehlentscheidung der Politik 1991 liquidiert wurden, eine politische Regelung für eine angemessene Entschädigung zu erlassen.

Begründung:

Der „Fonds zur Abmilderung von Härtefällen in der Rentenüberleitung“ (Härtefallfonds) kann nur ein erster Schritt zur Anerkennung der Lebensleistung von Betroffenen sein, es ist aber nur für diejenigen, deren Renten am Rande der Grundsicherung liegen. Über 90 Prozent der benachteiligten Angehörigen der Berufsgruppen gehen aber leer aus.

Zur Anerkennung der bis heute nachwirkenden harten Folgen der Wiedervereinigung und deren politischer Korrektur ist ein Gerechtigkeitsfonds seitens der Regierung einzurichten, aus dem alle Angehörigen der benachteiligten Berufs- und Personengruppen, unabhängig von der individuellen Einkommenssituation der Betroffenen eine Entschädigung erhalten. Die Entschädigung soll in Form einer gestaffelten Summe, die die unterschiedlichen Dienstjahre der Betroffenen angemessen berücksichtigt, gezahlt werden und darf nicht auf bestehende Renten und Leistungen wie die Grundsicherung im Alter oder die Grundrente angerechnet werden.

ver.di wird sich weiterhin auf allen politischen Ebenen dafür einsetzen, dass die, für die Betroffenen entstandene Gerechtigkeitslücke geschlossen wird.

Fazit des Gespräches:

Die zuständige Leiterin des Bereiches Sozialpolitik in der ver.di Bundesverwaltung, Kollegin Dr. Judith Kerschbaumer, wird zum Rentenforum am 23.11.23 in Leipzig, dazu sprechen.